



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/156 - 9.7.51

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Um die Aufhebung des Kriegszustandes	S. 1
Indien zwischen Ost und West	S. 3
Lehren der freien Wirtschaft	S. 5
Steilfeuer auf Barrikaden	S. 6
Das Quai d'Orsay zur Saar-Debatte	S. 7

Ü b e r f ä l l i g

P.R. Plötzlich wird wieder einmal berichtet, die drei westlichen Alliierten würden in Kürze "Schritte zur Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland einleiten". 33 andere Regierungen, mit denen sich Deutschland noch im Kriegszustand befindet, würden sich alsbald anschließen. Vielleicht werde das "schon Montag" der Fall sein, hieß es. Dann aber hätten wir es inzwischen erfahren.

Man sollte sich rechtzeitig über die wirkliche Bedeutung einer solchen Maßnahme im klaren sein. Es ist dabei gesagt worden, an der Besetzung Deutschlands würde sich dadurch nichts ändern. Gleichzeitig hatte man freilich hinzugefügt, diese Entwicklung würde "eine bedeutende Etappe auf dem Wege zur vollen Wiederherstellung der deutschen Souveränität sein".

Gerade das wäre sie nicht. Sie würde die Beendigung eines Zustandes bedeuten, den man schon seit langem nur als grotesk empfinden kann, zum mindesten, seit es darum geht, Deutschland für die aktive, auch militärische Partnerschaft des Westens zu gewinnen. Sicher haben das auch die Kreise empfunden, die jetzt als Werber vor den alten Landser und den inzwischen herangewachsenen neuen Anwärter auf das Landserdasein treten, mit der Parole "Ihr müßt Europa retten helfen", ohne ihnen Sicherheit zu geben, daß zuvor nicht Deutschland ein Stück verbrannte Erde

werde. Auch diese Politiker sehen es offenbar jetzt als unmöglich an, in ihren Ländern Deutsche noch als feindliche Ausländer zu betrachten, die Deutschen in Deutschland selbst aber als waffentragende Verbündete zu umwerben.

Es handelt sich also um eine überfällige Maßnahme. Hoffentlich kommt die Bundesregierung nicht auf den absurden Gedanken, einen solchen Schritt, wenn es soweit ist, auch als Erfolg ihrer Politik anzupreisen, wie so manches frühere Ereignis, dessen Eintreten genau so, wenn auch nicht genau so offensichtlich, zwangsläufig war. Die Vermutung liegt nahe, daß auch von der anderen Seite aus einer längst fälligen Selbstverständlichkeit ein politischer Schlag erster Ordnung gemacht wird:

Der deutschen Sozialdemokratie wird so gern vorgeworfen, sie verlange in der Außenpolitik "zu viel auf einmal". Der Fall mit der angeblich bevorstehenden Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland ist ein fast klassisches Beispiel dafür, daß in der Politik der Nachkriegszeit fast immer zu wenig, und das wenige zu spät gegeben wurde. Die Aufhebung des Kriegszustandes mit Deutschland wäre vor vielleicht zwei oder drei Jahren sinnvoll gewesen und hätte einigen Eindruck gemacht. Heute muß man tun, was Paul Henri Spaak dieser Tage in Wien gefordert hat: Wiederherstellung der vollkommenen Unabhängigkeit Deutschlands so schnell wie möglich, auch wenn das "eine bittere Pille" sei. (Für die Westmächte natürlich.) Und das sagte kein Deutscher, auch kein Amerikaner, sondern ein Mann von größter europäischer Autorität.

+ + +

Der Wandspruch

(sp) "Wenn zwischen dem, was hier gesagt wird, und dem, was nachher in der Presse erscheint, irgendein Zusammenhang bestehen sollte, so kann das nur auf Zufall beruhen".

So lautet der Wandspruch im Zimmer des Chefs vom Dienst in der Bundespressestelle - witzig und auch sehr treffend, von unserem Standpunkt aus.

Denn nun braucht man sich nicht mehr über die Fülle der Dementis zu wundern, die im Laufe der Zeit von dieser Stelle ausgegeben worden sind und an denen es auch künftig kaum fehlen wird.

+ + +

Indien zwischen Ost und West

(sp) Indien ist vierzehnmal so groß wie das Gebiet der Westdeutschen Bundesrepublik. Die 500 Millionen Bewohner dieses "Subkontinentes", wie man das Land viel treffender gekennzeichnet hat, sind der Religion nach zu zwei Dritteln Hindus, während 95 Millionen Inder Mohammedaner, 25 Millionen Primitive mit animistischen Naturreligionen und sechs Millionen Christen sind. Es gibt 14 Muttersprachen und über 200 Dialekte, so daß auch nach der Unabhängigkeitserklärung der ehemaligen Kronkolonie die englische Sprache die einzige Verständigungsmöglichkeit vieler Inder untereinander geblieben ist. Der politische Trennungsstrich zwischen den hauptsächlichsten Lebensräumen der Hindus und Mohammedaner hat die jüngsten britischen Dominien Indien und Pakistan geschaffen, ganz gewiß ein kühner Versuch, die jahrtausendalte Unterdrückungsgeschichte Indiens durch einen - wenn auch konstruierten - Neubeginn völkischer und staatlicher Unabhängigkeit abzulösen.

Aber dieses kontinentale Land im Vorfeld der roten Machthaber des Kreml und Chinas ist nicht nur frei von der britischen Herrschaft, es ist auch frei in seiner politischen und moralischen Entscheidung zwischen Ost und West. Es sind ernste materielle Sorgen, mit denen die Staatsführung in Indien und Pakistan fertig werden muß, - und vielleicht ohne die Hilfe aus den großen Weltmacht-Blocks nicht fertig werden kann.

Zu allen Zeiten war in Indien bittere Hungersnot das Schicksal vieler Millionen Menschen; eine schlechte Ernte bedeutet für ganze Landstriche die furchtbarste Katastrophe und höchste Sterblichkeit der ohnehin unterernährten Bevölkerung. Trotz des sehr frühen durchschnittlichen Sterbealters vermehrt sich die indische Bevölkerung rapide. Schon beträgt die Bevölkerungsdichte 85 Menschen auf den Quadratkilometer. Wenn man die wüsten oder kaum besiedelten Gebiete des natürlich auch wenig industrialisierten Landes berücksichtigt, eine unheimliche Konzentration von Menschen auf engstem Raum.

Man sollte die Landwirtschaft modernisieren und das Land industriell erschließen. Aber dazu muß man zunächst wissen, daß die

überwältigende Mehrheit des indischen Volkes in den rund 700000 Dörfern des Landes lebt. Die Dorfgemeinschaft ist die Lebensbasis, die absolute Grenze ihrer Welt. Die Bewirtschaftung des Bodens geschieht mit unvorstellbar primitiven Mitteln. Im Zeitalter der Atomwissenschaft bestellt der indische Bauer das Feld mit einem Holzpflug. Aber das sind noch nicht die einzigen Gründe, warum die Decke der Versorgung für die indische Bevölkerung immer knapper wird. Eine der wesentlichsten Schwierigkeiten erwächst aus religiösen Motiven. Alles Leben, auch das von Tieren, ist dem Hindu-Gläubigen heilig. So vermehren sich die Tierherden in unwahrscheinlichen Dimensionen. Nach neuesten Statistiken umfassen in Indien heute schon die Herden der Rinder 140 Mio. Stück, die der Büffel 40 Mio., es gibt 50 Mio. Pferde, Schafherden von annähernd 30 Mio. Stück und zu alledem 50 Mio. "zahme" Affen.

Indien ist eben Teil der asiatischen Welt. Das darf man auch bei der Beurteilung der Frage nicht außer Acht lassen, wie sich das Land zwischen Ost und West entscheiden wird. Die Sowjetunion ist seit der Revolution der Wortführer des asiatischen Protestes gegen die koloniale Ausbeutungspolitik der weißen Rasse geworden. Das macht es erklärlich, daß neutrale Beobachter in Indien kaum anti-russische, wohl aber viele anti-amerikanische Ressentiments feststellen.

Die Propaganda vom Segen des bolschewistischen Kollektivismus ist nicht ohne Wirkung geblieben. Viele Inder sehen die Aufgabe der russischen Revolution von 1917 unter Aspekten, die mit der Lage Indiens viel Ähnlichkeit hat. Auch in Rußland galt es ein zu vier Fünfteln unter mittelalterlichen Bedingungen Ackerbau treibendes Land zu industrialisieren, damit die Befreiung von dem fortgeschrittenen Westen, - von dem auch das zaristische Rußland abhängig war, - zu bewirken. Man darf nicht vergessen, daß die blutige Kolonialgeschichte Indiens wenig geeignet war, dem Volk die westlichen Begriffe von Freiheit und Individualität als allgemein gültige Werte der Menschheit begreiflich zu machen. Überdies können wenig mehr als 15 Prozent der indischen Bevölkerung lesen und schreiben.

Der Koreakonflikt war ein wichtiges Symptom für Indiens Sympathie. Zwar gehört die Regierung theoretisch zur Front der Vereinten Nationen gegen die rote Aggression. Aber das Herz der Inder schlägt vernehmlich: Asien den Asiaten.

Was die freie Wirtschaft lehrt

K.K. Malmö, Juli 1951

Im vorigen Jahr stürmten die bürgerlichen Parteien Dänemarks unter zündenden Parolen wie: "Fällt die Regierung, so fallen die Preise!" oder: "Sieh auf den Steuerzettel und wähle konservativ!" oder: "Es soll sich lohnen, zu arbeiten!" gegen die sozialdemokratische Minderheitsregierung. Seit einem Jahr regieren sie nun selbst und niemals waren die Preise so hoch und die Steuern so umfangreich wie jetzt, das Bezeichnendste ist jedoch ihre Wohnbaupolitik.

Die Wohnungsnot in Dänemark ist erschreckend groß. Während des Krieges wurde nichts gebaut, aber viel zerstört. Der Zuwachs an wohnungsuchenden Familien beträgt 15000 bis 16000 pro Jahr - ein Ergebnis des allgemeinen Bevölkerungszuwachses. In Kopenhagen allein gibt es 10000 bis 12000 Familien ohne eigene Wohnung, davon 8000 Familien mit Kindern. Der zusätzliche Wohnungsbedarf im ganzen Lande wird auf 40000 geschätzt. Dazu kommt, daß es in Dänemark rund 125000 Wohnungen gibt, die als unhygienisch beseitigt werden müssen, 65000 davon allein in Kopenhagen.

Während der sozialdemokratischen Regierungstätigkeit erreichte die Bautätigkeit in Dänemark ihren größten Umfang. So wurden allein im Jahre 1949 24000 Wohnungen gebaut. Die bürgerliche Regierung beschnitt das Bauprogramm um 6000 bis 7000 Wohnungen pro Jahr.

Der bürgerliche Bauminister überließ den Baumarkt weitgehend dem freien Spiel der Kräfte. Prompt haben sich die Baukosten um 4,5 Prozent pro Quadratmeter Etagenfläche erhöht. Eine neuerdings erfolgte Erschwerung der Kreditgewährung hat im übrigen dazu geführt, daß Bauanleihen nur sehr schwer von den Banken zu haben sind. Viele Bauprojekte sind infolge Kreditmangels nicht in Gang gekommen, bei anderen mußte die begonnene Arbeit eingestellt werden. Andererseits läßt man nun (im freien Spiel der Wirtschaft) Bauarbeiten von sekundärer Bedeutung, wie Umbauten und Errichtung von Sommerhäusern, ungehemmt florieren.

Die armen Leute in den Slumvierteln Kopenhagens aber haben keine Aussicht, in absehbarer Zeit menschenwürdige Wohnungen zu

erhalten. Unter ihnen gärt es heftig. Es scheint, daß das freie Spiel der Kräfte den bürgerlichen Politikern in Dänemark über den Kopf wächst.

+ + +

Steilfeuer auf Barrikaden

rd. Die Frage der deutschen Remilitarisierung ist schon mehrfach mit dem Komplex der Bundesbereitschaftspolizei gekoppelt worden. Diese Polizei als Militärkader wäre, nach mancher Leute Vorstellung, eine Aufbaumöglichkeit unter weitgehender Ausschaltung der Alliierten und vor deren definitivem Zugeständnis zu einer deutschen Streitmacht. Das Drängen des Herrn Lehr auf ihre baldige Errichtung, unter dem Vorwand der äußeren Sicherheit, hat, wie nun ersichtlich, aber auch Gründe der inneren Sicherheit, - jawohl, inneren militärischen Sicherheit, die Lehr mit Steilfeuergeschützen vor Barrikaden garantieren will. Ihm schwebt also ein Auftrag vor, den reguläre Polizei nicht zu erfüllen vermag.

Die politischen Gruppen in Deutschland sind zur Zeit wenig geeignet bzw. gewillt, auf die Barrikaden zu steigen. Die Kommunisten sind zu schwach, ihren Demonstrationen ist bei gutem Willen noch mit Gummiknüppel und Motorspritze beizukommen. Von den Sozialdemokraten bis zu den Freien Demokraten pflegt man auf Parlamentstribünen zu steigen, statt auf Barrikaden und die Alt- bzw. Neofaschisten haben Barrikadenkämpfe nicht nötig, weil sie anscheinend bevorzugt dazu ausgewählt sind, die Kommandostellen und damit auch die Mannschaftskasernen dieser eigenartigen Polizei zu besetzen. Außerdem steht in Deutschland jeder gewaltsamen Auseinandersetzung politisch-extremer Gruppen mit den Institutionen der Demokratie die Besatzung entgegen. Es müssen also andere als politische Kreise sein, deren aggressive Betätigung gegenüber den Staatsinstitutionen Herr Lehr mit Steilfeuergeschützen bekämpfen möchte, gegen deren Aufstand es keinen Besatzungsschutz gibt, und deren weißglütige Wut selbst Herr Lehr für solche Aktionen ausreichend angewachsen erscheint.

Und in der Tat: auch die französische Revolution ist letztlich über Steuerverordnungen ausgebrochen, nachdem die Volkswut durch

die Hungernot explosiv geworden war. Der Schrei nach Egalité war die volkstümliche Formulierung der Forderung nach einem Ausgleich der Lebenshaltung. Sind im heutigen Bundesgebiet die Differenzen weniger groß? Abgesehen von der Parallelität in der Steuersituation, steht heute hier wie damals dort dem Überfluß Weniger die bitterste Armut der Vielen gegenüber. Wurden nicht Hunderte deswegen Millionäre weil Millionen den Riemen enger schnallten? Steuern, Zölle und Preise steigen noch ständig, die Löhne und Gehälter versuchen vergeblich Schritt zu halten und die Renten bleiben hoffnungslos auf der Strecke. Der Kreis der Betroffenen unterscheidet sich nicht nach Landsmannschaften, Bekenntnissen oder Parteien, und hier ist die zweite Parallele zu 1789, es betrifft das ganze Volk.

Sollte es das sein, was Herr Lehr befürchtet? Dann aber hat Herr Lehr nicht viel aus der Geschichte gelernt - denn auch die Soldaten meuterten damals. Soziale Krisen löst man nicht mit schweren Waffen. Wer trotzdem mit Steilfeuergeschützen hinter Barrikaden schießen will, zeigt, daß er eher bereit ist, die Volkswut im Blut zu ersticken, als sich Sorgen um erträgliche Lebensbedingungen zu machen.

+ * +

Kommentar überflüssig

DPA meldet aus Paris:

Zur Saarerklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer ist am Quai d'Orsay lebhaftes Erstaunen über die Sicherheit ausgedrückt worden, mit der Adenauer angekündigt habe, daß die Saarfrage verhältnismäßig bald im Sinne der Bonner Regierung geregelt werden würde. Wenn sich diese Äußerung als richtig wiedergegeben bestätigen sollte, sei sie durch nichts begründet.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau